

Herr Dr. Dombrowski berichtete, dass der Kinder- und Jugendärztliche Dienst pro Untersuchungssaison bestimmte Untersuchungen durchzuführen habe. Dies seien vor allem die Schuleingangsuntersuchungen. Über 7000 Untersuchungen seien insgesamt durchgeführt worden.

Hauptspektrum der Untersuchungen seien klassischerweise im Rhein-Sieg-Kreis die Schulneulinge, die Gesamtzahl liege bei 5773 Personen.

Es sei lange Zeit gesagt worden, auch im Hinblick auf das benötigte Personal des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes, dass die Anzahl der Schuleingangsuntersuchungen zukünftig rückläufig sein werde. Jedoch seien die Zahlen im Kreis stabil hoch geblieben. Durch die zugewanderten Kinder und Jugendlichen könne man sogar von einer Zunahme ausgehen.

Des Weiteren ging Herr Dr. Dombrowski auf medizinische Inhalte ein und führte in Bezug auf die Gewichtsentwicklung der untersuchten Kinder aus, dass man im Gegensatz zu den Medienberichten im Rhein-Sieg-Kreis beruhigende Zahlen vorweisen könne. 83% der Kinder würden die Normvorgaben in Bezug auf das Gewicht erfüllen.

Er machte deutlich, dass Zugewanderte je nach Herkunft nicht in unsere Perzentilenkurve passten, es gebe körperlich größere, bzw. kleinere Bevölkerungsgruppen. Das Zustandekommen der Zahlen in den Medien sei genau zu hinterfragen. Auch das Untergewicht im Einschulungsbereich liege bei 3,1%. Dies sei eine geringe Zahl und kein flächendeckendes Problem für den Rhein-Sieg-Kreis.

Bezüglich des Aufmerksamkeitsverhaltens würden 82 % als unauffällig beurteilt werden, die verbleibenden Kinder müssten auch nicht gleich zum Kinder- und Jugendpsychiater oder medizinisch behandelt werden. Die nicht behandlungsbedürftigen Befunde lägen bei 8%, in Behandlung seien 4%. Das Problem sei nicht wegzudiskutieren, sei aber auch nicht in dem Ausmaß vorhanden, wie es in den Medien manchmal dargestellt werde.

Abg. Eichner fragte nach einem Beispiel für einen nichtbehandlungsbedürftigen Befund.

Herr Dr. Dombrowski erläuterte, dass manche Kinder sich während der Untersuchung öfter durch Flugzeuge, etc. ablenken ließen, jedoch mit einfachen Mitteln wieder in die Untersuchung zurückzubekommen seien und sie diese durchschnittlich, bzw. auch überdurchschnittlich bewältigen würden.

Wenn man jedoch merken würde, dass die Gefahr bestehe, dass ein Kind den Unterricht sprengen werde, habe man eine Verantwortung dem Kind und den anderen Schülern gegenüber und würde mit den Eltern das Gespräch suchen.

Bei der Visuomotorik seien 75% ohne Befund. Die feinmotorischen Fähigkeiten würden gerade im Zeitalter der zunehmenden Smartphone- und Tabletnutzung nachlassen. 6% seien in Behandlung, 11% seien zwar auffällig, aber nicht therapiebedürftig.

Bei 5% seien Rücksprachen mit Ärzten oder Therapeuten empfohlen worden. Gerade bei Jungen seien Probleme in diesem Bereich verstärkt festzustellen.

85% der untersuchten Kinder seien bei der visuellen Wahrnehmung ohne Befund. Einige Kinder befänden sich jedoch auch in Behandlung.

Bezüglich der Körperkoordination seien nur 80% der untersuchten Kinder ohne Befund. Immer mehr Kinder hätten hiermit Schwierigkeiten, dies liege wahrscheinlich daran, dass sich die Kinder in den häuslichen Verhältnissen viel

zu wenig bewegen würden. Es sei ein Auftrag an die Kitas und Schulen, die Kinder zu mobilisieren.

Es gebe viele Kinder, für die ein förderndes Angebot wichtig sei, jedoch gebe es oftmals Schwierigkeiten bezüglich der Zuständigkeit und Finanzierung.

Im Bereich ‚Sprache‘ seien 15% der Kinder in logopädischer Behandlung. Die Aufgabe der Gesellschaft, Sprache zu fördern, müsse ernster genommen werden. Von den 15% der Kinder, die in Behandlung sind, sei die Hälfte im medizinischen Sinne nicht behandlungsbedürftig, sondern bei ihnen sei aufgrund des Medienkonsums oder der fehlenden Kompetenz der Eltern Sprache zu kurz gekommen.

Man müsse oft feststellen, dass man mit der Schuleingangsuntersuchung in Bezug auf vorliegende Störungen zu spät komme. Man bekomme Kinder zu sehen, bei denen viel früher etwas hätte passieren müssen. Daher trete man an die Kitas heran und lasse sich möglichst früh Kinder mit Problemen nennen. Es werde jetzt schon seit vier Wochen für den nächsten Sommer untersucht, damit man diese Kinder früher sehen könne, so habe man mehr Untersuchungszeit und könne diesen Kindern Unterstützung geben. Dieses Verfahren erfolge unter Einverständnis der Eltern.

Ein anderes Spektrum, das man schon länger abbilde, sei die Beteiligung an den sonderpädagogischen Überprüfungen. Hierbei werde seitens der Schule ein sonderpädagogisches Überprüfungsverfahren eingeleitet. Früher sei man grundsätzlich daran beteiligt gewesen, seit zwei Jahren sei es nicht mehr verpflichtend, sodass die Zahlen zurückgegangen seien.

Bezüglich der Frage der Zuwanderung führte Herr Dr. Dombrowski aus, dass die betreffenden Kinder als Seiteneinsteiger bezeichnet werden. Im letzten Schuljahr habe man davon 1304 Personen gesehen. Der Anteil der Jungen sei höher, aber nicht wesentlich.

Der Anteil der Seiteneinsteiger, die die Schulen im Rhein-Sieg-Kreis besuchen, sei zwar hoch, aber nicht so dramatisch, wie oft dargestellt werde.

2014 seien es 107, 2015 918 und 2016 bisher 722 Seiteneinsteiger gewesen. Teilweise treffe man auf Kinder und Jugendliche, die bereits neun oder zehn Monate im Land seien und noch keine Schule besucht hätten. Diese Untersuchungen seien sehr interessant aber auch sehr arbeitsintensiv. Es gebe viele Probleme und Herausforderungen, wie z.B. die Sprache.

Der Anteil der untersuchten Seiteneinsteiger bis 10 Jahre betrage 46%, der 11-15 Jährigen 24% und der über 15 Jährigen 30%. Es gebe sehr viele kleine Kinder, es handele sich nicht hauptsächlich um 16 oder 17-Jährige, die über das Mittelmeer oder die Türkei gekommen seien.

Allein mit den bisher gekommenen Kindern habe man mit Förderung und Unterstützung für viele Jahre zu tun. Der Aufwand, diese Kinder in die Gesellschaft zu integrieren, werde immens sein.

Zuletzt führte Herr Dr. Dombrowski auf, welche weiteren Untersuchungen jenseits der Hauptschwerpunktt Themen liegen würden. Es gehe hierbei um die intensivpädagogische Förderung bei Kindern mit Mehrfachbehinderungen.

Bezüglich der Schulverweigerer machte er deutlich, dass diese immer jünger werden würden. Es gebe auch Fälle, wo die Schulen verzweifelt seien, da sie mit einzelnen aggressiven oder gewalttätigen Kindern nicht fertig würden. Diese gingen auf Mitschüler los und störten den Unterrichtsablauf. Auch diese Untersuchungen seien sehr arbeits- und aufwandsintensiv. Es müssten Runde Tische mit den Schulen, Kinder- und Jugendpsychiatern und beteiligten Stellen der Jugendhilfe gemacht werden, um diese Kinder wieder zurück auf die Spur bringen zu können.

Immer mehr Jugendliche und Kinder seien nicht mehr gesellschaftsfähig. Die Gesellschaft wäre gut beraten, an dem unteren Ende zu arbeiten, so dass mehr Kinder und Jugendliche aus dem Schulsystem in ein normales Arbeits- und Gesellschaftsleben geführt werden könnten.

Des Weiteren sei zu bedauern, dass Kindergartenuntersuchungen in der Vergangenheit aus Kostengründen immer mehr zurückgefahren worden seien. Bei einzelnen Kindergärten habe man begonnen, bei Bedarf diese Untersuchungen wieder einzuführen, um den Kindern bei Entwicklungsauffälligkeiten früh helfen zu können.

Die Vorsitzende, Abg. Bähr-Losse dankte für den Vortrag.

Abg. Bientreu fragte, ob es in Bezug auf die festgestellten Defizite bei der Einschulungsuntersuchung nicht notwendig sei, die Ausbildung der Erzieherinnen, die Ausstattung in den Kitas, usw. zu verbessern und zu unterstützen. Gerade dort könnten die meisten Probleme gesehen und aufgefangen werden.

Herr Dr. Dombrowski machte deutlich, dass es aus amtsärztlicher Sicht nicht das Ziel sei, auf Defizitsuche zu sein. Gerade in den Untersuchungen sei wichtig, sowohl dem Kind selber, als auch den Eltern erstmal vorzuführen, was das Kind alles könne. Es sei schön, dass man fast bei jedem Kind, egal wie erschreckend im Einzelfall einige Aspekte der Untersuchung sein mögen, zeigen könne, was zumindest in Teilbereichen vorhanden ist. Es gehöre zusammen, die Schwächen zu sehen und die Stärken zu fördern.

Die Hauptverantwortung für eine günstige Entwicklung der Kinder liege bei den Eltern und Sorgeberechtigten. Ihm sei klar, dass nicht alle Eltern dies in der gleichen Qualität und Zuverlässigkeit umsetzen könnten. Danach erst kämen zusätzlich Lehrer, Erzieher und andere Einrichtungen.

Problematisch seien die Schnittstellen zwischen Kassenärztlicher Versorgung und Zuständigkeit der Jugendhilfe. Dies seien Stellen, an denen man arbeiten müsse.

Er sei in vielen Arbeitskreisen für sog. „Frühe Hilfen“. Dort werde er die Abfrage einbringen, was es für Angebote in den einzelnen Kommunen gebe, beispielsweise für Kinder, die gesund seien, aber sich ungeschickt bewegen. Es sei notwendig zu wissen, was für Angebote es gebe und welche Adressen man Eltern weitergeben könne.

Leider gebe es schon seit Langem Wartelisten, teilweise acht bis elf Monate. Hier bestehe sicherlich ein Mangel.

SkB Albrecht bat, dass die Präsentation den Abgeordneten zur Verfügung gestellt werde.